



Europäische Zuversicht

Sylvia-Yvonne Kaufmann glaubt, dass der Brexit abschreckt. Seite 6

Foto: dpa/Michel Christen

Glücklich mit Trump

Warum Bürger in Utopia mit dem US-Präsidenten zufrieden sind. Seite 8

Göttlicher vom Nil

Ramses II., ein Pharao mit vielen Talenten, weilt in Karlsruhe – eine grandiose Schau mit dem ersten Friedensvertrag. Seite 15



Foto: Staatliches Museum Ägyptischer Kunst

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 15. Mai 2017

72. Jahrgang/Nr. 112

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Voll auf die Nuss

Wolfgang Hübner über die erneute Wahlpleite der SPD

Zwei Gewinner haben die letzten Wochen: Angela Merkel und Sigmar Gabriel. Merkel, weil sie mit stoischer Gelassenheit die Aufregung um Martin Schulz ausgelesen und ihre CDU in den Umfragen längst wieder in Führung gebracht hat. Gabriel, weil er nun als eloquenter Außenminister dasteht und nicht als der Mann, der die Wahlen vergeigt. Nach drei schmerzhaften Pleiten im Saarland, in Schleswig-Holstein und nun in Nordrhein-Westfalen kann man Gabriel gratulieren – sein Rückzug von Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur, der ihm als noble Geste angerechnet wurde, war für ihn persönlich ein Glücksgriff.

Für alle, die sich um eine soziale Alternative zum herrschenden Konservatismus bemühen, ist die Krise der SPD allerdings eine Katastrophe. Ein Wunder ist sie nicht: Der Ämtertausch zwischen Gabriel und Schulz entpuppt sich als das, was er von Anfang an war: ein Trick. Und zwar keiner aus der großen Illusionskunst, sondern aus dem Hüchenspiel. Wer nur eine Machtkonstellation ändern will, nicht aber die politischen Verhältnisse, wird keine Wähler gewinnen. Die SPD hat keine Mittel gefunden, den Unions-Dogmen über Steuersenkungen und innere Sicherheit etwas Wirksames entgegenzusetzen. Das reißt sie nach unten, in Bund und Ländern.

Martin Schulz sagte dieser Tage: »Mal kriegste eins auf die Nuss, mal gewinnt man.« Für die NRW-Wahl hoffte er endlich einmal auf Letzteres. Eingetroffen ist Ersteres: voll auf die Nuss. Schlechter kann man nicht in den Bundestagswahlkampf starten.

UNTEN LINKS

Liebe **Außerirdische**, die ihr das »nd« im ePaper abonniert habt, anbei eine solide Zusammenfassung dessen, was die menschliche Existenz im Kern ausmacht: Wir lieben es, zu Hunderten aneinandergereiht, zu warten. Im 20. Jahrhundert taten wir das schon. Da war das aber irgendwie existenzieller. Da haben wir wegen Brötchen, Südfrüchten oder vor der Telefonzelle (das ist wie Smartphone an die Wand gehängt und Glashaushaus drumrum gebaut) angestanden. Heute warten wir stundenlang, um uns tragbare Telefonzellen einer ganz bestimmten Firma zu kaufen, um in einen Nachtclub zu kommen, bei dem es darum geht, davor lange und exzessiv gewartet zu haben und wenn Künstler (Menschen, die bunte Kringel auf Papier malen) wichtige Kringelbilder ausstellen. Kürzlich kam es vor, dass 450 Leute in Leipzig vor einem Kindergarten anstanden, um dort einen Platz für ihre noch nicht geborenen Kinder zu reservieren. Puh, das ist jetzt echt schwer zu erklären. cod

Schulz kassiert das 0:3

In Nordrhein-Westfalen verliert die SPD die dritte Landtagswahl des Jahres



Eine Niederlage auch für den SPD-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Martin Schulz

Foto: dpa/Harald Tittel

Düsseldorf. Die rot-grüne Landesregierung Nordrhein-Westfalens verfügt im Düsseldorfer Landtag über keine Mehrheit mehr. Bei der Landtagswahl am Sonntag kamen die Sozialdemokraten nach Hochrechnungen um 20 Uhr auf etwa 31 Prozent der Stimmen. Auf die Grünen entfielen 6,2 Prozent. Das bedeutet für beide Parteien herbe Verluste. 2012 hatten die Sozialdemokraten als stärkste Partei 39,1 Prozent der Stimmen erhalten. Für die Grünen stimmten damals 11,3 Prozent. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zog die Konsequenzen und trat als SPD-Landesvorsitzende und SPD-Bundesvize zurück.

Das Wahlergebnis ist nach den Niederlagen im Saarland und in Schleswig-Holstein auch ein schwerer Rückschlag für den SPD-Chef und Kanzlerkandidaten Martin Schulz, der aus NRW stammt. »Das ist ein schwerer Tag für die SPD. Ein schwerer Tag auch für mich persönlich«, erklärte Schulz in Berlin. Die Landtagswahl war der letzte Stimmungstest vor der Bundestagswahl im September.

Zu den Wahlgewinnern zählen die CDU und ihr Spitzenkandidat Armin Laschet. Die Konservativen gewannen rund sieben Prozentpunkte hinzu und lagen bei fast 34 Prozent. Die FDP unter Führung ihres Bundeschefs

Christian Lindner steigerte sich auf gut 12 Prozent. Für Schwarz-Gelb könnte es reichen, wenn die Linkspartei nicht im Landtag vertreten sein sollte. Ansonsten ist eine Große Koalition die wahrscheinlichste Variante.

Die LINKE lag bei 4,9 Prozent und musste zittern. Die rechte AfD, die erstmals in NRW angetreten war, hat mit mehr als 7 Prozent den Sprung ins Parlament geschafft. Derweil haben die Piraten mit nur etwa einem Prozent ihre letzte Landtagsfraktion verloren.

Die Wahlbeteiligung lag mit rund 66 Prozent höher als 2012. Damals gaben 59,6 Prozent der Bürger ihre Stimme ab. nd Seite 5

Von der Leyen will Kasernen umbenennen

Verteidigungsministerin will sämtliche Bezüge zur Wehrmacht kappen und erntet dafür Unverständnis

Die Verteidigungsministerin will in der Truppe aufräumen und mit der Wehrmachtstradition brechen. Ihr ranghchster Soldat hält das für überfällig, ein Amtsvorgänger für »absurd«.

Berlin. Im Zuge des neuen Umgangs der Bundeswehr mit ihrer Tradition will Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen auch Kasernen mit den Namen von Wehrmachtsoffizieren umbenennen lassen. Die Bundeswehr müsse nach innen und außen klar signalisieren, »dass sie nicht in der Tradition der Wehrmacht steht«, sagte die CDU-Politikerin der »Bild am Sonntag«. Statt dessen soll die Bundeswehr ihre eigene Geschichte selbstbewusst in den Vordergrund stellen. »Warum nicht auch in Kasernenamen? Die Debatte wird jetzt im Lichte der aktuellen Ereignisse neu geführt werden«, so die Ministerin.

Als Reaktion auf den Fall um den rechtsextremen und terror-

verdächtigen Offizier Franco A. lässt von der Leyen derzeit alle Kasernen nach Wehrmachtsdevotionalien wie Stahlhelmen oder Gewehren durchsuchen. Sie will auch ein neues Programm »Innere Führung heute« auflegen und den sogenannten Traditionserlass von 1982 überarbeiten. Das umstrittene Regelwerk hält fest, wie die Bundeswehr mit ihrem historischen Erbe umgehen soll. Wie jetzt bekannt wurde, ließ das Verteidigungsministerium bereits im Januar die Verteilung des Liederbuchs der Bundeswehr stoppen. Es nahm unter anderem Anstoß an dem Volkslied »Schwarzbraun ist die Haselnuss«, dem »Westerwald-Lied« und dem »Panzerlied«. Das Streitkrfteamt soll nun eine neue Liederliste entwickeln.

Von der Leyens Bemühungen, politisch auszumisten, werden in CDU und SPD zum Teil scharf zurückgewiesen. Der CDU-Abgeordnete Roderich Kiesewetter, bis 2016 Prsident des Verbandes der

Bundeswehrreservisten, warnte vor »Kurzschluss-handlungen«. Die Überarbeitung des Traditionserlasses müsse »sehr behutsam und wirklich bedacht« angegangen werden. Ablehnend äußerte sich auch Ex-Verteidigungsminister

Der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter warnt vor »Kurzschluss-handlungen«.

Volker Rhe: Es sei »absurd«, die ganze Bundeswehr unter einen Wehrmachtsverdacht zu stellen, sagte der CDU-Politiker der »Welt am Sonntag«. So sei »ein Zerrbild« entstanden. Die Bundeswehr müsse »nicht von der Wehrmacht befreit werden«.

Auch der Wehrbeauftragte des Bundestags, Hans-Peter Bartels (SPD), sieht wenig Handlungsbedarf. »Die Probleme mit dem ganz

offiziellen Anknüpfen an Wehrmachtstraditionen liegen weitgehend hinter der Bundeswehr«, sagte er der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung«. Heute gehe es allenfalls um die Beseitigung »von ärgerlichen Devotionalienresten«. Die SPD forderte am Wochenende statt dessen härtere Konsequenzen für politisch auffällige Soldaten: »Es ist eine Anweisung der Ministerin nötig, dass Soldaten mit rechtsextremem Gedankengut grundsätzlich aus der Bundeswehr entlassen werden müssen«, sagte der SPD-Verteidigungspolitiker Rainer Arnold der »Welt am Sonntag«.

Unterstützung erhält von der Leyen hingegen von Generalinspekteur Volker Wiekert. In der Bundeswehr habe sich gegenüber rechtsextremen Soldaten ein »Muster des Wegsehens« etabliert, kritisierte er. Rechtsextreme Tendenzen würden unterschätzt und teils auch ignoriert. Agenturen/nd Seite 4

Weltweiter Hackerangriff

Attacken auf Computersysteme in mindestens 150 Ländern

Berlin. Nach dem weltweiten Cyberangriff vom Wochenende suchen Sicherheitsbehörden mit Hochdruck nach den Verantwortlichen. Von dem elektronischen Angriff waren nach einer Übersicht vom Sonntagabend über 200 000 Ziele in mindestens 150 Ländern betroffen. »So etwas haben wir noch nicht gesehen«, sagte Europol-Chef Rob Wainwright gegenüber CNN. Viele der Opfer seien Unternehmen, auch große Firmen. Die Welt habe mit einer wachsenden Bedrohung zu tun, sagte Wainwright. Er befürchtete, die Zahlen steigen, wenn am Montag die »Leute zur Arbeit kommen und ihre PC hochfahren«.

Auch das Bundeskriminalamt hat Ermittlungen aufgenommen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sprach von »erheblichen Cyber-Sicherheitsvorfällen« in Deutschland. Unter den Opfern der Attacken befinden sich die Deutsche Bahn und ihre Logistiktochter Schenker. Regierungsnetze sind dem Innenministerium zufolge aber nicht betroffen. »Um einen möglichst vollständigen Überblick über die Lage zu bekommen, rufen wir betroffene Institutionen auf, Vorfälle beim BSI zu melden«, erklärte Arne Schönbohm, Prsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik.

Die Computer waren von sogenannten Erpressungstrojanern befallen worden, die Daten verschlüsseln und Lösegeld verlangen. Dabei wurde Experten zufolge eine Sicherheitslücke ausgenutzt, die ursprünglich vom US-Abhrdienst NSA entdeckt, aber vor einigen Monaten von Hackern öffentlich gemacht worden war. hei Seite 2

Gabriel entdeckt Investitionsmittel

Macron wird in Berlin erwartet

Berlin. Vor dem Antrittsbesuch des neuen französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Berlin nimmt die Debatte über eine gemeinsame Investitionsoffensive Fahrt auf. Außenminister Sigmar Gabriel schlagt laut »Spiegel« vor, für Investitionen einen Teil der Rücklagen für die Altlasten der deutschen Atomenergie einzusetzen. Das Nachrichtenmagazin berief sich auf ein Papier Gabriels. Der am Sonntag offiziell ins Amt eingeführte Macron wird heute in Berlin erwartet.

Kanzlerin Angela Merkel hatte zuvor erklärt: »Wir können gerne über gemeinsame Investitionsprogramme nachdenken, weil Deutschland im digitalen Bereich auch Nachholbedarf hat.« Zudem erwäge sie schon länger ein Budget in der Eurozone, »mit dem wir reformfreundigen Ländern helfen können«. dpa/nd Seiten 4 und 7

Polizisten als Geiseln genommen

Wieder Proteste in Venezuela

Caracas. Mit Autokorsos in mehreren Städten haben Regierungsgegner in Venezuela am Samstag ihren Protest gegen den linksnationalistischen Präsidenten Nicols Maduro fortgesetzt. Die Demonstrationen wurden von Einsatzkräften gewaltsam aufgelöst, wie AFP-Reporter berichteten. In der Hauptstadt Caracas und in Valencia trieb die Polizei die Demonstranten mit Tränengas auseinander.

Am Freitag hatten Regierungsgegner während einer Demonstration in San Cristbal zwei Polizisten zehn Stunden lang als Geiseln genommen. Sie filmten die Beamten und zwangen sie, die Freilassung inhaftierter Oppositioneller zu fordern. Der Menschenrechtsbeauftragte Tarek William Saab berichtete, er habe die Freilassung der Polizisten erreicht. Einen Gefangenen austausch habe es nicht gegeben. afp/nd Seite 3

ISSN 0323-4940



4 198662 501709